

**FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-
NÜRNBERG**

Lehrstuhl für VWL, insbes. Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik
Professor Dr. Claus Schnabel

**Diskussionspapiere
Discussion Papers**

No. 3

**Institutionelle Aspekte der Regionalisierung
von Wirtschafts- und Strukturpolitik**

TORSTEN WEGENER

SEPTEMBER 2000

ISSN: 1615-5831

Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik*

Torsten Wegener^a

ZUSAMMENFASSUNG: Infolge der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik entstehen entweder vollkommen neue Institutionen (horizontale Regionalisierung) oder Institutionen mit neuen Kompetenzen (vertikale Regionalisierung). Der Erfolg einer Regionalisierungspolitik läßt sich am Grad der institutionellen Kohärenz zwischen den beteiligten Institutionen und Ebenen ablesen. Die institutionelle Kohärenz wiederum hängt ab (1) von den besonderen institutionellen Implikationen der zu regionalisierenden wirtschaftspolitischen Handlungsansätze, (2) von der Qualität der regionalen Institution und (3) von der sogenannten Institutionenpolitik des Initiators der Regionalisierung. Der Aufsatz umreißt ein Analysedesign für jede der drei Aspekte, illustriert ihre Anwendung am Beispiel der Regionen in Sachsen-Anhalt, und formuliert – nach einer Vergleichsuntersuchung der Strukturen verschiedener Regionalisierungsansätze – Hypothesen über die Wirkungen diverserer institutionenpolitischer Maßnahmen auf die Qualität und Kohärenz regionaler Institutionen.

ABSTRACT: Regionalization of economic policy creates either completely new institutions (horizontal regionalization) or institutions with new competences (vertical regionalization). The success of a policy towards regionalization can be measured by the degree of institutional coherence between all involved institutions and levels. This institutional coherence depends (1) on the special institutional implications of the economic policy approach that is to be regionalized, (2) the quality of the institution at the regional level, and (3) on the so called institutional policy that is to be implemented by the initiator of the regionalization. The article stretches a research design for these three aspects, illustrates its application by way of the example Saxony-Anhalt/Germany, and – after having compared the structure of several regionalization approaches – formulates hypotheses on the effects of various institutional policy measures concerning quality and coherence of regional institutions.

SCHLÜSSELWÖRTER: REGIONALPOLITIK, INSTITUTIONEN, REGIONALISIERUNG.

JEL-KLASSIFIKATION: D74, 78, H43, 70, 71, 77, O20, 22, R50, 52, 58

* Der Aufsatz basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik. Das Beispiel Sachsen-Anhalt“. Die Arbeit erschien in der Reihe IFO Dresden Studien, Bd. 24, Dresden 2000, und wurde im WS 99/00 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation angenommen.

^a Dr. Torsten Wegener, W & I Consult, Vordere Cramergasse 11, 90478 Nürnberg, Torsten.Wegener@t-online.de

I. EINFÜHRUNG

Unter Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik ist die Neuordnung von Entscheidungskompetenzen zu verstehen. Dabei erfahren vorhandene Träger eine Kompetenzerweiterung oder es werden völlig neue Träger konstituiert. Dieser Prozeß stellt eine regionale Institutionenbildung dar. Die Qualität der regionalen Institution läßt sich über bestimmte Dimensionen erfassen und untereinander vergleichen.

Regionalisiert werden in der Regel Strategien der *regionalen* Wirtschafts- und Strukturpolitik. Die angewandte regionale Wirtschaftspolitik besteht in der Praxis meist aus einem Bündel verschiedener Strategien, die sich jeweils ganz unterschiedlichen ordnungspolitischen Paradigmen zuordnen lassen. Entscheidend dabei ist, daß jede einzelne Strategie auf einem unterschiedlichen institutionellem Design von Kompetenzträgern basiert und bei einer Regionalisierung von Kompetenzen die Gefahr von Ineffizienz aufgrund fehlender institutioneller Kohärenz besteht.

Der Prozeß der Institutionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik auf der regionalen Ebene findet in der Regel auf Initiative einer der Region vorgelagerten Instanz (z.B. der Landesregierung) statt. Dieser externe Initiator fördert die Institutionalisierung der Region durch bestimmte Maßnahmen, die sich als das institutionenpolitische Umfeld zusammenfassen lassen. Diese Institutionenpolitik kann dabei unterschiedliche Grade an Suboptimalität in bezug auf Qualität und Kohärenz der regionalen Institution aufweisen.

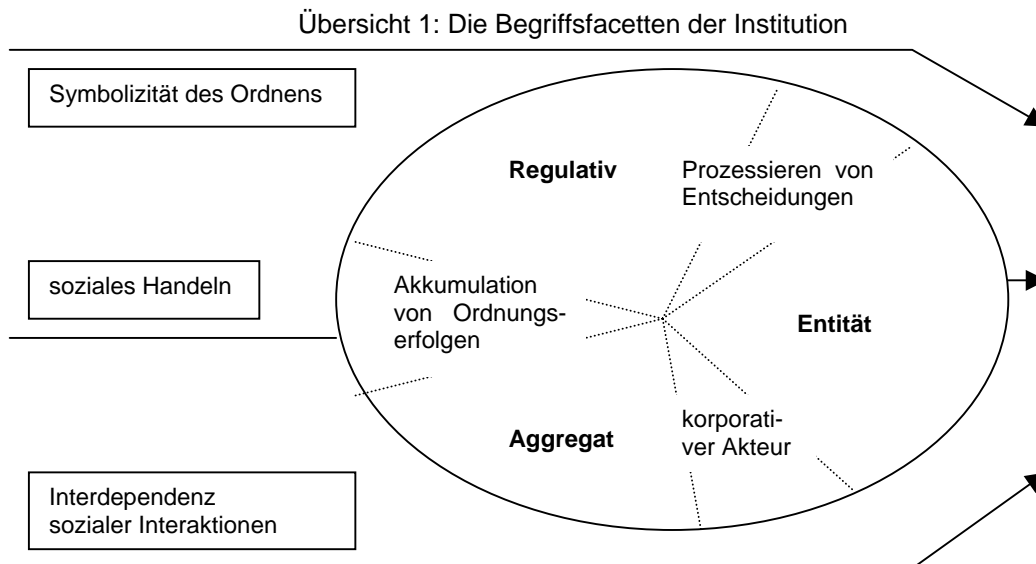
Mit Regionen ist in der Regel eine Ebene oberhalb der Landkreise, aber unterhalb der Regierungsbezirke/Landesebene gemeint. Funktionales Definitionskriterium ist dabei die *interkommunale Kooperation*.

II. ZUM BEGRIFF DER INSTITUTION

Der Begriff der Institution ist sehr unscharf. Legt man sozialwissenschaftlich relevante Prozesse wie (1) soziales Handeln mit einer immanenten Handlungslogik, (2) Symbolhaftigkeit von sozialen Ordnungen und (3) Interdependenz sozialer Interaktionen zugrunde, dann sind Institutionen sowohl *Aktionsraum für Akteure* als auch *Akteure* selbst. Der Aktionsraum kann als *Verhal-*

tensregulativ und als *Aggregation* von Handeln konzipiert werden. Damit ergeben sich *drei wesentliche Begriffsfacetten* der Institution:

- Institutionen als (Verhaltens-)Regulative sozialen Handelns,
- Institutionen als Aggregate sozialen Handelns und
- Institutionen als Entitäten mit Akteursqualität.



Quelle: Wegener (2000: 70).

Als (Verhaltens-)Regulative sind Institutionen Instanzen der Erweiterung und Selektion von Handlungsoptionen. Der Lepsiusische „Eigenschaftsraum“ (Lepsius 1997: 62) und die „institutionellen Mechanismen“ Rehbergs (Rehberg 1998: 387) benennen diese Phänomene. Auch der Institutionenbegriff der Neuen Institutionenökonomie setzt hier an: Institutionen sind dabei sowohl die regelsetzenden und ihre Einhaltung kontrollierenden Instanzen als auch alle anderen normativen Regelwerke und dauerhaften Verhaltensmuster (North 1988, 1992; Richter 1994). Werden eher die Strukturen der Kumulation interdependenten sozialen Handelns betrachtet, fungiert die Institution als *soziales Aggregat*. Wird der Institution Akteursqualität in Gestalt von mehr oder weniger starker Autonomie und formalisierter Entscheidungs- und Handlungsstrukturen zugeschrieben, fungiert sie als *Entität*.¹

¹ Quasi im ‚begrifflichen Zwischenraum‘ befinden sich *Konzepte, die Übergänge zwischen den drei Funktionen* markieren: Das Konzept der „Körperschaft“ („korporativer Akteur“ - Coleman 1995: 5 f) siedelt zwischen dem Aggregat- und dem Entitätskonzept der Institution, indem es außenwirksames ‚Handeln‘ der Institution mittels der Binnenstrukturen dekonstruiert. Institution als „Prozessieren von Entscheidungen“ (Willke 1993: 56) verbindet Entitäts- und Regulativkonzept, weil es die interne Selektionslogik in Institutionen als einen in bestimmter Weise von den Akteuren der Institution mitgestalteten strukturierten Prozeß beschreibt. Die Analyse von Wiederholung und Abänderung der Verhaltensregulierung der Akteure der Institution ist ein wesentlicher Aspekt der Analyse der Institution als Aggregat dar, so daß

III. REGIONALISIERUNG VON WIRTSCHAFTSPOLITIK UND DIE INSTITUTIONELLE KOHÄRENZ

Das „ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik“ ist die Frage nach derjenigen Konzeption der Regionalpolitik, mit der eine „ökonomisch optimale Allokation der Produktivkräfte im Raum“ zu erreichen ist (Giersch 1963). Regionalpolitik läßt sich dabei hinsichtlich ihrer konzeptionell-organisatorischen Ausgestaltung und Zielorientierung einerseits als „regional gezielte Wirtschaftspolitik“ oder als „eigenständige Wirtschaftspolitik der Regionen“ und andererseits als „Regionalpolitik als wirtschaftliche Dimension der Raumordnung“ oder als „Regionalisierung der Wirtschaftspolitik“ konzipieren (Jürgensen 1981: 429). Die ordnungspolitisch verschiedenen Ansätze der regionalen Wirtschaftspolitik sind jeweils Bündel verschiedener regionalwirtschaftspolitischer Strategien (Klaus/Schleicher 1983).²

Regionale Wirtschaftspolitik greift je nach Eingriffsintensität und ordnungspolitischen Paradigma auf imperative, konduktive oder nur informative Instrumente zurück. Für die Bundesrepublik ist der mittlere Weg kennzeichnend, der im wesentlichen Anreiz- und Leistungsmaßnahmen mit administrativen und informativ-beratenden Maßnahmen kombiniert (Übersicht 2). In der Praxis kommt stets ein Bündel von Einzelmaßnahmen im Hinblick auf bestimmte strategische Ziele zum Einsatz.

Übersicht 2: Maßnahmenbündel und Maßnahmen in der regionalen Wirtschaftspolitik

administrative Maßnahmen	Gestaltung und Leistung		Information und Beratung
	Anreizpolitik	Infrastrukturpolitik	
<i>Gebote/Verbote</i> (z.B. Flächennutzung, Umweltauflagen) <i>regionale Abgrenzung</i> <i>Raumordnungspläne, kommunale Flächenpläne</i> <i>Genehmigungspflichten</i>	räumlich differenzierte -Vergabepolitik, -Steuer- und -Tarifpolitik, -Kreditpolitik, Kapitalhilfe, -Sachleistungen, Arbeitsmarktpolitik	Bereitstellung von: (1) <i>materieller</i> Infrastruktur (z.B. Straßenbau, Gewerbegebiete) (2) <i>institutioneller</i> Infrastruktur (abwicklungstechn. Kompetenzen) (3) <i>personeller</i> Infrastruktur (z.B. Berufsausbildung)	-standort- u. wohnortgerechte Info für Unternehmen und HH, -Transparenz räumlicher Planungen, -Info ü. regionalpolitische Fördermaßnahmen, -Werbung, Imagepflege, Öffentlichkeitsarbeit, -sonst. Datenbanken, -Beratungsangebote

Quelle: Wegener (2000: 15) nach Jürgensen (1981: 431 ff), Klaus et al. (1983: 24 ff).

sich hier Regulativ- und Aggregatkonzept verknüpft („Akkumulation von Ordnungserfolgen“ – Rehberg (1998: 387)).

² Zur Zuordnung der Strategien und Diskussion der Angemessenheit, ideologischen Prägung der Ansätze der regionalen Wirtschaftspolitik im einzelnen, siehe Klaus et al. (1983), Krieger-Boden (1995), Maier et al. (1996).

Es sind folgende Arten regionalwirtschaftspolitischer Strategien zu unterscheiden (Übersicht 3):

- „ökonomischer Teil der Raumordnungspolitik“ (Jürgensen (1963: 401), Lauschmann (1970: 1), Eckey (1978: 52 ff), Maier et al. (1996: 169 f),
- endogene Strategien und
- neuere Strategien.

Dabei sind die ersten beiden Arten dadurch gekennzeichnet, daß sie die Bezugsgrößen regional-wirtschaftspolitischen Engagements primär in einem *nationalen Bezugsrahmen* verorten. Für die regionalpolitischen Imperative und Institutionen sind entweder

- national gesetzte, *normative Ausgleichs- und Stabilitätsziele* oder
- der nationale *Markt* und die effiziente Allokation von Faktoren und Gütern von Bedeutung.³

Neuere Strategien regionaler Wirtschaftspolitik sind dagegen dadurch gekennzeichnet, daß nationale Bezugspunkte an Bedeutung verlieren, weil zum einen die wirtschaftliche Entwicklung einer Region wesentlich stärker an nicht-nationalen, globalen Vergleichskriterien gemessen wird (Keating 1997: 86 f) und zum anderen die Region selbst sich als Basisgröße im Weltmaßstab in einem Wettbewerb mit anderen Regionen um Standortqualität definiert und angemessene wirtschaftspolitische Strategien wählt und implementiert. *Regionalpolitik ist hier gleichbedeutend mit eigenständiger Wirtschaftspolitik der Region oder regionalisierter Wirtschaftspolitik.*

³ Die regionale Wirtschaftspolitik als sog. *endogene* Regionalpolitik bildet in gewisser Weise einen expliziten Gegenentwurf dazu, verbleibt aber letztlich im nationalen Bezugsrahmen. Ein wesentlicher Bezugspunkt endogener Strategien ist nach wie vor der nationale *Markt*.

Übersicht 3: Strategien und Dimensionen regionaler Wirtschaftspolitik

Strategien	Dimensionen
<u>„ÖKONOMISCHER TEIL DER RAUMORDNUNGSPOLITIK“</u>	
Strategien der Raumgliederung	<ul style="list-style-type: none"> - Zentralörtlichkeit / Entwicklungssaxialität, - Verdichtungsgrad, - räumliche Arbeitsteilung / ausgeglichene Funktionsräume
Beeinflussung der sektoralen Struktur	<ul style="list-style-type: none"> - sektorale und branchenmäßige Differenzierung, - Selektion der Exportbasen, - Selektion der Wachstumspole
Infrastrukturpolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Netz einer kommunikationsorientierten Infrastruktur, - zweigspezifisch differenzierte Infrastrukturleistungen, - Versorgung mit öffentlichen Gütern, - Entsorgungsvorrichtungen / naturbezogene Ausstattungsverbesserungen
Marktorientierte Strategien	<ul style="list-style-type: none"> - Wettbewerbspolitik, - Informationspolitik, - Mobilitätspolitik, - Finanzausgleich, - Eigentumspolitik
<u>ENDOGENE STRATEGIEN</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Mobilisierung intraregionaler immobiler und mobiler Ressourcen, - regionale (Wirtschafts-)Kreisläufe, - Regionalbewußtsein / -identität
<u>NEUERE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STRATEGIEN</u>	
Neue Wachstumstheorie	<ul style="list-style-type: none"> - Akkumulation von Humankapital, - Akkumulation von technischem Wissen, - Förderung positiver Agglomerationseffekte
Neue Handelstheorie	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Aufbau und Nutzung unternehmerischer Skalenvorteile, - Infrastrukturpolitik
Neue Institutionenökonomie (Cluster- und Netzwerkansätze; Wettbewerb der Regionen)	<ul style="list-style-type: none"> Transaktionskosteneffizienz / Institutional Advantages - Mikroebene (Unternehmung) und - Mesobene (Region)

Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung von Klaus/Schleicher (1983: 27 ff, 75 ff.)

Jede Strategie hat ihre spezifischen Kompetenz- und damit Potentialträger. Die Kompetenzen sind dabei entweder vertikal oder horizontal verteilt. In Abhängigkeit von der Verteilung dieser Kompetenzen ergibt sich als institutionelle Implikation, daß eine Regionalisierung solcher Kompetenzen entweder durch *Verlagerung* (nach oben oder nach unten) oder durch *Bündelung* auf der bestehen-

den Ebene erfolgen sollte, um im Ergebnis zum bestehenden Institutionengeflecht *kohärente*⁴ neue Institutionen hervorzubringen (Übersicht 4).

Übersicht 4: Beispiele zur Kohärenz von regionaler Wirtschaftspolitik

Die *Strategie der Raumgliederung* als wichtige regional-wirtschaftspolitische Strategie ist in einer streng hierarchisch-vertikalen Kompetenzverteilung institutionalisiert. Die jeweils höher-rangigen Pläne (Landesentwicklungspläne, Regionalentwicklungspläne) binden die nachfolgenden Kompetenzträger, in der Regel die Städte und Gemeinden, in ihrer Entscheidungsfreiheit, die sich aus der Flächenplanungshoheit ableitet. So ist z.B. die Festlegung eines Zentralitätsgrades von Orten auf diese Ebenen relativ streng verteilt. Wollte man diese Zuständigkeiten regionalisieren, so müsste man sie, um keine Doppelzuständigkeiten oder Kompetenzstreitigkeiten zu induzieren, verlagern, also zentralisieren oder dezentralisieren. Dies setzte in diesem Falle eine für alle Akteure der Raumplanung rechtlich verbindliche Neuregelung der raumplanerischen Entscheidungskompetenzen voraus.

Die *wirtschaftspolitischen Strategien*, die sich *aus der Neuen Wachstumstheorie* ergeben, knüpfen demgegenüber an Entwicklungspotentialen einer Region an, die auf verschiedene Träger verteilt sind, die untereinander kaum oder gar nicht durch vertikale Zuordnungen miteinander verknüpft sind. Ihre Potentiale ‚liegen horizontal nebeneinander‘. Beispiele hierfür sind u.a.

- Bildungs- und Weiterbildungsträger,
- Hochschulen / weitere private und öffentliche Forschungsinstitute,
- Fachhochschulen / Technologietransfereinrichtungen,
- Unternehmensdienstleister (Verbände, kommerzielle DL) und
- kommunale/staatliche Institutionen der aktiven Wirtschaftspolitik,

die jeweils für eine Forcierung der regionsinternen Akkumulation von Humankapital und technischem Wissen zur Induktion von wünschenswerten positiven externen Effekten (Spin-off) genutzt werden können. Eine Regionalisierung dieser Kompetenzen kann lediglich im Wege der Bündelung und Kopplung stattfinden („Networking“); weisungsrechtliche oder usurpatorische Wege zur Kompetenzmobilisierung durch einen der genannten Träger gegenüber den anderen wären von vornherein zum Scheitern verurteilt, also inkohärent.

Quelle: Eigene Darstellung.

Ausgehend von der strategiespezifischen Verteilung der Kompetenzen auf die Potentialträger und das damit gegebene vor-regionalisierte Institutionengefüge kann den einzelnen regionalwirtschaftspolitischen Strategien somit jeweils ein bestimmtes institutionelles Bauprinzip der Regionalisierung zugeordnet werden:

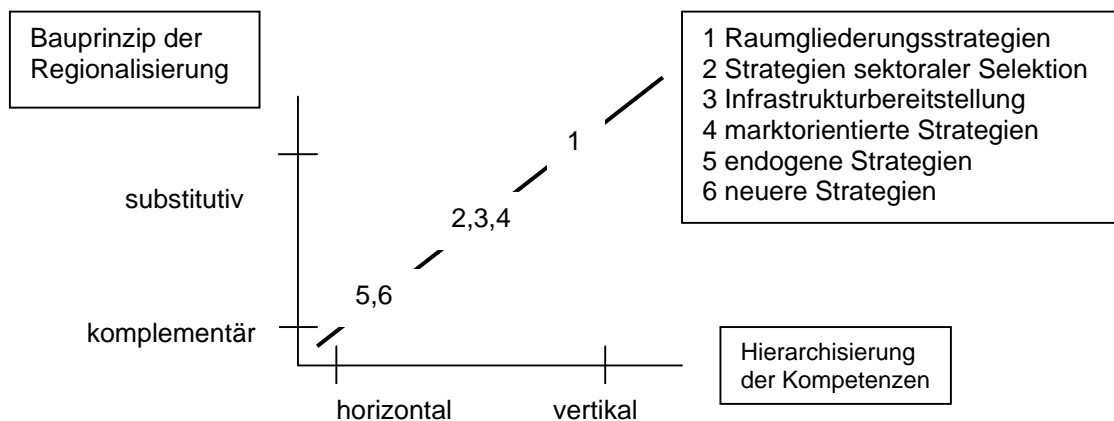
- *Vertikal* verteilte Trägerschaftskompetenzen werden durch Regionalisierung *dezentralisiert oder zentralisiert*. Damit ist das Verhältnis der alten und neuen Träger durch *Substitution* gekennzeichnet. Ein institutionelles Nebeneinander alter und neuer Träger würde zu prozessualer und inhaltlicher Inkohärenz und damit zu Ineffizienz der Wirtschafts- und Strukturpolitik führen.
- *Horizontal* verteilte Trägerschaftskompetenzen werden durch Regionalisierung in unterschiedlicher Intensität *koordiniert und gebündelt*. Das Verhältnis alter Träger zu neuen Trägern ist durch *Komplementarität* gekennzeichnet.

⁴ Auf die Relevanz der Kohärenz der wirtschaftspolitischen Konzepte und der Entscheidungsebenen haben bereits Predöhl (1935), Giersch (1963), Jürgensen (1963: 404 ff) und Lauschmann (1970: 204, 217) hingewiesen. In neuerer Zeit: Krätke et al. (1999: 137).

Institutionelle Substitutionsprozesse würden Inkohärenzen und Ineffizienz der Wirtschafts- und Strukturpolitik implizieren.

Aufgrund der Verteilung der Zuständigkeiten und der dadurch induzierten Bauprinzipien der Regionalisierung ergibt sich eine Ideallinie für die Bestimmung der institutionellen Kohärenz regionalisierter wirtschaftspolitischer Kompetenzen – „Kohärenzlinie“ (Übersicht 5).

Übersicht 5: Die „Kohärenzlinie“ der Regionalisierung



Quelle: Wegener (2000: 121).

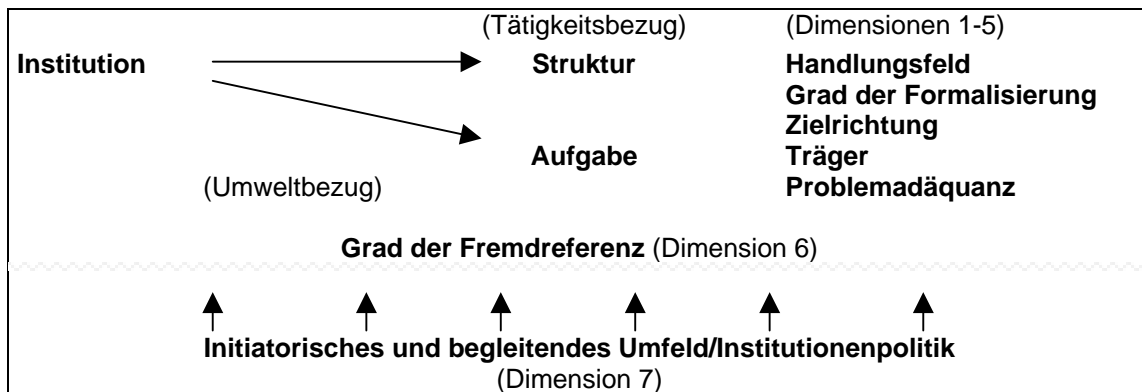
Die Verortung der regionalwirtschaftspolitischen Strategien auf der „Kohärenzlinie“ ist nicht zu verabsolutieren, sondern sie ist begründet in der Verteilung der Trägerschaftskompetenzen zu einem *bestimmten Zeitpunkt* in einem *bestimmten Wirtschaftsraum*. Aufgrund der Verteilung der Kompetenzen im deutschen Wirtschaftsraum ergibt sich die obige Zuordnung (Wegener 2000: 14 ff).

IV. DIE INSTITUTIONELLEN ASPEKTE REGIONALISierter WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Institutionen auf regionaler Ebene übernehmen im Gefolge einer Regionalisierung wirtschaftspolitische Kompetenzen. Dabei müssen sie über eine gewisse binnen-regulative, aggregierende und außen-bezogene Leistungsfähigkeit verfügen. Diese kann anhand der in Übersicht 6 vorgestellten Dimensionen bestimmt werden.⁵

⁵ Es sei vermerkt, daß die folgenden Dimensionen untereinander nicht völlig trennscharf abgrenzbar und damit frei von Rückkopplungen sind, was bei empirischen Tests zu systematischen Fehlern führen kann. Das vorgestellte Dimensionenraster versteht sich primär als ein Vorschlag zur Gestaltung von Forschungsdesigns für die vergleichende deskriptive Analyse solcher Institutionen.

Übersicht 6: Elemente der Institutionenanalyse



Quelle: Wegener (2000: 74).

Die Dimensionen 1-6 beschreiben die Qualität der regionalen Institution. Dimension 7 umfaßt alle institutionenpolitischen Maßnahmen, die auf die Gestaltung der regionalen Institution direkt oder indirekt Einfluß ausüben.

1. DIE QUALITÄT DER REGIONALEN INSTITUTIONEN

Dimension 1: Handlungsfeld der Institution

Je nach Handlungsbezug können regionale Institutionen in Form von Politikfeld- oder Policy-Netzen (Pappi 1993) oder in Form von formalen Organisationen agieren. Bei den ersten beiden Formen handelt es sich um netzwerkartige Strukturen zwischen meist formalen Organisationen. Das Handlungsfeld der regionalen Institution kann dabei lediglich auf gemeinsame Problemerkennung und Wirkungsanalyse ausgerichtet sein (Politikfeld-Netz) oder in Handlungsansätze und deren Implementierung (Policy-Netz) münden.

Dimension 2: Grad der Formalisierung

Von Fürst (1994: 191) stammt die These, daß regionale Kooperationsformen über ein Minimum an Formalisierung verfügen müssen, wenn sie zur *Auslotung von Problemlösungsvarianten* dienen sollen. Relevant sind außerdem die Interaktionsstrukturen der Akteure, die durch ihr Handeln die Institution konstituieren bzw. ihren Regulativen unterworfen sind. Damit sind konkrete Entscheidungsprozesse in der Institution gemeint, also konkludente oder explizit gesetzte Regeln der Entscheidungsträger in regionalen Institutionen. Es sind idealtypisch verschiedene Verhandlungslogiken zu unterscheiden, wobei in der Reihenfolge ihrer Nennung naturgemäß der Grad der Formalisierung der Institution zunimmt (Übersicht 7).

Übersicht 7: Verhandlungslogiken und ihre Kennzeichen

Verhandlungslogik	Kennzeichnung (Verhandlungsgegenstand)
Anspruchsaddition	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinbarung eines Anspruchsproporztes gegenüber Dritten um individuelle Übervorteilung zu vermeiden, - kaum / keine inhaltliche Abstimmung der Akteure
Negative Koordinierung	einseitige Rücksichtnahme des Entscheiders auf potentiell gegensätzliche Positionen Dritter
Distributive Verhandlung <i>„Bargaining“</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinbarung über die Maximalforderungen der Beteiligten, zu deren Realisierung ein Austausch von gegenseitig nützlichen Ressourcen nötig ist, - (wenn inhaltliche Kompromisse unmöglich:) Alternativenwahl, z.B. Paketlösungen, Ausgleichszahlungen, Zeitschienen
Positive Koordinierung <i>„Problem Solving“</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinbarung von Problemlösung, wobei sich die Beteiligten am gemeinsamen Interesse orientieren und Interdependenz/negative externe Effekte bearbeiten, - Vereinbarung über Verteilung individueller Lösungsbeiträge und Synergieeffekte

Quelle: Wegener (2000: 85) unter Verwendung von Scharpf (1994, 1993, 1992); Messner (1995); Mayntz (1993); Fürst (1994); Krafft et al. (1993).

Dimension 3: Zielrichtung der Institution

Coleman (1995: 7 ff) unterscheidet konjunkte und disjunkte Verfassungen von Körperschaften nach Kongruenz oder Differenz von Zielakteur und Nutznießer des Handelns der Institution. Differenz zwischen Zielakteur und Nutznießer bedeutet eine disjunkte Verfassung.

Konjunkte regionale Institution: Das Handeln der regionalen Institution richtet sich allein auf die Akquise regionsinterner Ressourcen (z.B. Mittel aus dem Sponsoring- oder Marketing-Budget regionaler Unternehmen als Zielakteure), um für die Region (als Nutznießer) spezielle Regionalmarketingaktivitäten zu finanzieren.

Dimension 4: Träger der Institution

Für die Analyse der Trägerschaft der Institution ist die Frage nach der Einbeziehung von Potentialträgern relevant. Potentialträger sind jene Akteure, die zur Lösung eines bestimmten regionalen Problems Beiträge leisten können. Fürst (1994: 187) unterscheidet hier *„Maximal-Inklusion“* und *problemnahe Zusammenschlüsse*. Ergebnisse der praktischen Kooperationsforschung (Balling 1998) zeigen, daß sowohl eine zu große als auch eine zu kleine Zahl von beteiligten Akteuren ungünstig für die Effizienz der Kooperation ist. Durch eine zu große Zahl von Akteuren geht der Aufgabenbezug oder besser die Konkretetheit der kooperativ zu lösenden Aufgabe verloren (Rotering 1990), so daß wichtige Potentialträger das Interesse an der Kooperation verlieren - „Problem der gro-

ßen Zahl“⁶. Eine zu kleine Zahl von Akteuren birgt die Gefahr, daß die Innovativität der Problemlösung leidet (Balling ebd.: 124 f).

Zum anderen spielt bei der Bildung regionaler Institutionen die interne Moderation eine wichtige Rolle. Hier ist entscheidend, welche Funktion der Moderator übernimmt bzw. welche ihm die anderen Beteiligten zuweisen. Mit Coleman lassen sich hier die drei Funktionstypen unterscheiden, nämlich (a) der Berater, (b) der Bürge und (c) der Unternehmer. Während der „Berater“ lediglich seine Fachkompetenz und der „Bürge“ sein ökonomisches Potential als Mediationsressource in die regionale Institution einbringt, verfügt der „Unternehmer“ über die Fähigkeit, intraregionale Ressourcen aufzuteilen oder zu kombinieren. Insbesondere die bürgerschaftliche und die unternehmerische Moderation sind in hohem Maße davon abhängig, daß Potentialträger am regionalen Abstimmungs- und Institutionalisierungsprozeß teilnehmen.

Dimension 5: Problemadäquanz der Institution

Durch die Regionalisierung von wirtschaftspolitischen Kompetenzen sollen regionale Probleme einer (besseren) Lösung zugeführt werden. Es muß aber gefragt werden, wie sich diese Problemadäquanz regionaler Institutionen analytisch fassen läßt.⁷ Dabei sind folgende Aspekte relevant: (1) Nach welchen Kriterien wird eine Region für sich und gegen andere Regionen abgegrenzt, d.h. der Problemraum bestimmt? (2) Welche Art von Problemanalyse leistet die regionale Institution? (3) Welche Funktionen übernimmt die regionale Institution im Prozeß der Problembearbeitung?

Zur Abgrenzung der Region: Predöhl (1935) und Jürgensen (1963) haben auf den Zusammenhang zwischen Staatsraum und Wirtschaftsraum hingewiesen. Übertragen auf die vorliegende Problemstellung bedeutet dies zu fragen, ob die Institutionen regionalisierter Wirtschafts- und Strukturpolitik einen räumlich kongruenten Bezug zu den zu bearbeitenden wirtschaftlichen und strukturellen Problemen aufweisen. Es sind zwei Arten der Abgrenzung der Region zu unterscheiden: *Abgrenzung entlang bereits vorhandener (Verwaltungs-) Grenzen* oder *Abgrenzung der Region in enger Orientierung an den interdependenten*

⁶ Darunter ist die Lähmung des Netzwerkes durch eine zu große Zahl und zu große Weite des Spektrums einbezogener Akteure zu verstehen. Vgl. Wegener (2000: 91 ff), Messner (1995: 243 ff).

⁷ Die Behandlung dieser Frage ist m.E. alles andere als selbstverständlich. Grundlegende Werke zur Analyse von Netzwerken (Sydow 1992: 83 ff, Messner 1995: 243 ff) umgehen diese Frage, obwohl die empirische (insbesondere zwischenbetriebliche) Kooperationsforschung (Rotering, Balling) immer wieder auf den Zusammenhang von Aufgabenkonkretheit und Erfolg bei netzwerkartigen Kooperationen hinweist.

Interaktionsstrukturen der von dem Problem betroffenen Akteure (vgl. Benz et al. 1998: 18; Krafft et al. 1993: 49 ff), d.h. unter Zugrundelegung der strukturellen Verflechtung von Teilräumen.

Zur Art der Problemdefinition: Die Untersuchung der Problemdefinition durch die regionalen Institutionen orientiert sich an folgenden Aspekten: (1) Ist die Sichtweise auf die regionale Problematik „umfassend“ oder „spezifisch“?⁸ Eine umfassende Problemdefinition bedeutet zum einen, Probleme mit einem Mindestmaß an Interdependenzen und Externalitäten zu analysieren, zum anderen, mehrere Politikfeldern nebeneinander einzubeziehen. Bei einer spezifischen Problemdefinition wird die Perspektive bewußt verengt auf in der Regel *ein* Politikfeld. (2) Ist der eröffnete Problemlösungshorizont „visionär“ oder „pragmatisch“? In einem visionären „Problemlösungsraum“ (Fürst 1994) wird normativ ein *Entwicklungsszenario* entworfen, in dem die konkrete Problemlösung als ein einzelner Bestandteil vorkommen kann. Ein pragmatischer Lösungsraum liegt dann vor, wenn die entwickelte Lösung vor allem als *Beseitigung momentaner Entwicklungsengpässe* projiziert wird.

Die Kombinationen im einzelnen lassen sich wie folgt exemplifizieren:

umfassend-visionärer Ansatz: Regionales Entwicklungskonzept basierend auf Leitlinien zur strukturpolitischen Entwicklung (weite Definition von Strukturpolitik: sektorale Strukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Kulturpolitik) mit geringer Konkretheit bei Aktivitäten und Projekten.

spezifisch-visionärer Ansatz: Regionales Entwicklungskonzept für nachhaltige Tourismusentwicklung mit geringer Konkretheit bei der Projektierung von notwendigen Einzelaktivitäten.

umfassend-pragmatischer Ansatz: Regionales Aktionsprogramm zur Beseitigung einzelner Engpässe (z.B. Venture Capital Fond, regionales Informationssystem für Bürger und Unternehmen).

spezifisch-pragmatischer Ansatz: Regionales Projekt zur Beseitigung eines einzelnen Engpasses (z.B. Regionalmarketing).

Funktionen der regionalen Institution bei der Bearbeitung regionaler Probleme: Hier ist die akteursmäßige Zusammensetzung der Institution von Interesse. Die Handlungsfähigkeit der regionalen Institutionen resultiert aus der Handlungsfä-

⁸ Batt (1997: 169) unterscheidet hinsichtlich des Grades an Komplexität *komplexe* und *projektbezogene* Regimes. Ausschlaggebend ist die Zahl der vereinigten Politikfelder. Benz et al. (1998: 20 f) messen dagegen dem Kriterium der Komplexität der Problemdefinition bei der Gegenüberstellung verschiedener Organisationsformen regionaler Politik keine Bedeutung bei.

higkeit ihrer Akteure. Diese funktionale Problemadäquanz wirft die Frage nach der Beteiligung der für die Lösung eines Problems wesentlichen Potenzialträger auf. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß regionale Institutionen tatsächlich Problemlösungen hervorbringen, steigt mit der Einbeziehung der problemrelevanten Potentialträger. Deren Einbeziehung wird aber dann um so wahrscheinlicher, je konkreter die regional zu lösende Aufgabe definiert ist.

Beispiele: Die Region Sachsen-Anhalt Süd in Sachsen-Anhalt wurde in ihren Gremien wesentlich von den Landkreisverwaltungen Weißenfels und Naumburg getragen; private Akteure fehlen weitgehend. Das Projekt „Bildung einer gemeinsamen Kreissparkasse“ zur Erzielung von Volumeneffekten scheiterte u.a. an der mangelnden Beteiligung der dafür relevanten Akteure. Das Regionale Aktionsprogramm der Region Magdeburg enthielt ein Vorhaben zur Minderung von Konflikten bei der Gewerbeflächenentwicklung zwischen Stadt Magdeburg und Umlandstädten und – gemeinden. Mangels Einbeziehung letzterer in den Prozeß konnte dieses Projekt gar nicht umgesetzt werden. Die funktionale Problemadäquanz der Regionen ist mangelhaft entwickelt, wenn die sog. Regionalen Aktionsprogramme Projektideen enthalten, für es keinen Träger gab und auch später keiner gefunden wurde.

Dimension 6: Grad der Fremdreferenz der Institution

Fremdreferenz bezeichnet die Aufnahmefähigkeit der institutionellen Strukturen für externe Einflüsse. Diese kann sich sowohl auf die „Leitdifferenz“ als auch die „Operationsmodi“ der Institution, also auf alle Dimensionen der Institution beziehen.⁹ Die Fremdreferenz erstreckt sich dabei auf dem idealtypischen Kontinuum von reiner „Adoption“ über „transferentielle Operation“ bis „selbstreferentiellen Geschlossenheit“.

Hohe Fremdreferenz in Bezug auf die Leitidee: Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wollte ihre Regionalentwicklung stark unter dem Nachhaltigkeitsaspekt konzipieren. Sie bildete dazu einen wissenschaftlichen Beirat, der eine hohe Mitbestimmungskompetenz innehatte. Als die Region bei der Planung der Regionalentwicklung gegenüber anderen Regionen in Rückstand zu fallen drohte – bis heute fehlt eine vergleichbare Projektkonkretheit – und sich die Chancen auf Erhalt von Fördermitteln zu vermindern drohten wurde der wissenschaftliche Beirat mehr oder minder ‚entmachtet‘ und das Nachhaltigkeitskriterium in seiner Relevanz gemildert.

⁹ Dies geschieht in Analogie zu Forschungsergebnissen der neueren Systemtheorie (Willke 1993).

Hohe Fremdreferenz in Bezug auf die Operationsmodi: Die Prioritätensetzung in den Regionen Sachsen-Anhalts wird von den Regionen nicht als endgültig, sondern als jederzeit revidierbar gesehen. Dies wird insbesondere damit begründet, daß bei einer eventuellen sektoralen Schwerpunktsetzung der Landesregierung die eigene Schwerpunktsetzung anpassen konnte.¹⁰

2. DAS INITIATORISCHE UND BEGLEITENDE UMFELD / INSTITUTIONENPOLITIK

Eine Analyse der institutionellen Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik bliebe ohne Berücksichtigung des aktiven Institutionenumfeldes als der siebten Dimension unvollständig. Hierbei geht es um den Einfluß der Institutionenpolitik auf die Kohärenz und die Qualität der regionalen Institutionen.

Ein Überblick über verschiedene Disziplinen, die sich der Frage der *Steuerung von* bzw. *Intervention in* soziale(n) Entitäten (Organisation, Institutionen) widmen, zeigt die große Bandbreite der Diskussion der prinzipiellen Möglichkeit und der Art und Weise der Intervention.¹¹ Dabei werden jeweils unterschiedliche Grade der Autonomie des Interventionsobjekts und der Wirksamkeit des Handelns des Interventionssubjekts unterschieden. Unter Intervention sind sowohl *initiierende* als auch *begleitende* Steuerungsversuche des Interventionisten (Landesregierung) zu verstehen.

Für Interventionen in regionale Institutionen stehen unterschiedliche Instrumente bereit, je nach „hauptsächlich zur Verhaltensänderung eingesetztem Mittel“ (Voigt 1993: 307). Siehe Übersicht 8.

Darüber hinaus sind *Niveau- und Richtungssteuerung* bei dem Schaffen von Anreizen zu unterscheiden. Niveausteuerung zielt primär auf das ‚*Wieviel*‘ einer oder mehrerer Aktivitäten des Steuerungsobjekts; Richtungssteuerung dagegen zielt primär auf die *Qualität und Modalität* der Aktivitäten des Steuerungsobjekts (König et al. 1993: 531 f).¹²

¹⁰ Fremdreferentielle Einbruchstellen regionaler Institutionen bei Wegener (2000: 102).

¹¹ Vgl. die Überblicksdarstellungen bei Sydow (1992: 191 ff, 246 ff); Schimank (1987). Zur Steuerungsdiskussion in den Verwaltungswissenschaften: Messner (1995: Teil II, insbes. S. 124-167). Aber auch die betriebswirtschaftliche Führungsforschung kann hier Hinweise liefern, vgl. z.B. Sydow (1992). Kieser (1994: 218 ff) zeigt, daß selbstorganisatorische Prozesse nicht ohne fremdorganisierte Voraussetzungen stattfinden könnten. Ähnlich Knyphausen (1991).

¹² Derlien (1993: 511) demonstriert die richtungssteuernde Wirkung des Steuerungsmediums Geld; Messner (1995: 162) die richtungs- und niveausteuernde Wirkung weicher Steuerungsmedien wie z.B.

Übersicht 8: Interventionsinstrumente und ihre Charakterisierung

Instrument	Charakterisierung
Regulierung	Gebote, Verbote, Sanktionen
Finanzierung	finanzielle Anreize, Abgaben, Subventions- und Transferzahlungen
Leistung	staatliche Dienstleistungen, öffentliche Güter
Strukturierung	Beeinflussung der Entscheidungsstrukturen (Organisations-, Personal- und Prozeßstruktur)
Überzeugung	Appelle, symbolische Handlungen, Überredung
Erziehung	Bildungs- und Ausbildungsprogramme, Managementtraining usw.

Quelle: Wegener (2000: 107, nach Voigt 1993: 307 f).

Die direkten steuernden Eingriffe werden ergänzt durch das Ausmaß an Integration regionaler Entscheidungsprozesse in die Entscheidungsprozesse auf der Ebene des Interventionisten. *Intensität* und *Grad an Verbindlichkeit*, den die Interaktion zwischen Landesebene und Region erreicht, üben einen wichtigen Einfluß auf die Qualität und Kohärenz der regionalen Institution aus.

Aus dem Vergleich der Strukturprinzipien von unterschiedlichen Regionalisierungsansätzen lassen sich nun induktiv bestimmte Aussagen über Wirkungszusammenhänge zwischen Institutionenpolitik und zum einen der Qualität der regionalen Institutionen sowie zum anderen der institutionellen Kohärenz der Regionalisierung wirtschafts- und strukturpolitischer Kompetenzfelder gewinnen.

Institutionenpolitik bei vertikaler Regionalisierung

Ergebnis einer vertikalen Regionalisierung ist die Substitution eines oder mehrerer bisheriger Kompetenzträger durch eine regionale Institution. Folgende institutionenpolitische Maßnahmenbündel zur Initiation und Begleitung solcher Kompetenzverlagerungsprozesse kommen hier zum Einsatz:

- a) Rechtliche Übertragung der Kompetenzen auf die regionale Institution (de jure-Regionalisierung).
- b) Bereitstellung von Instrumenten zur Aufgabenerledigung für die regionale Institution (de facto-Regionalisierung).

Die Analyse von Beispielen vertikaler Regionalisierung¹³ zeigt, daß die rechtliche Kompetenzverlagerung lediglich eine notwendige nicht aber eine hinrei-

Regelungsandrohung. Auch die Befristung von staatlichen Finanzierungsleistungen kann richtungssteuernde Wirkung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit der geförderten Aktivität (Initialförderung selbsttragender Prozesse und Projekte) entfalten.

¹³ In Sachsen-Anhalt: Übertragung der Regionalplanungskompetenz von den Regierungsbezirken auf Regionale Planungsgemeinschaften; in Sachsen nach dem SächsKRG: Übertragung der Verantwortung für das Management von regionalen Kultureinrichtungen auf Organe der sog. Kulturräume.

chende Bedingung für eine kohärente Regionalisierung von Kompetenzen ist. Die Regionalisierung muß also durch solche institutionenpolitischen Maßnahmen innerhalb des Regionalisierungsansatzes begleitet werden, die über das de-jure-Minimum hinausgehen. Die de facto-Regionalisierung besteht in der Regel in der Übertragung der instrumentellen Basis (materiell-technisch, finanziell, Know how) auf den neuen Träger.

Wird diese instrumentelle Basis nicht gleichzeitig mit der rechtlichen Verlagerung übertragen, sondern z.B. der Aushandlung unter den Beteiligten, d.h. Kompetenzgewinnern und Kompetenzverlierern überlassen, wird dadurch die Aufnahme der Arbeit der regionalen Institution erheblich verzögert. Die mangelhafte Bereitstellung von Instrumenten zur Wahrnehmung übertragener Kompetenzen ist dann mitursächlich für die qualitative Schwäche der neuen Institution und nimmt *Qualitätsminderungen* bei der Ausfüllung dieser Kompetenzen in Kauf.

Institutionenpolitik bei horizontaler Regionalisierung

Ergebnis einer horizontalen Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sind wirtschafts- und strukturpolitische Handlungsansätze der regionalen Institutionen, die das vor- und nachgelagerte Kompetenzträgergefüge unverändert lassen und sich zu den jeweils zuständigen Kompetenzträgern ausgehende Politik komplementär verhalten. Folgende institutionenpolitische Maßnahmenbündel des Initiators der Regionalisierung zur Initiation und Begleitung solcher Bündelungsprozesse kommen hier zum Einsatz:

- a) Unterstützung der Bündelungsprozesse,
- b) Förderung von Prozeßergebnissen,
- c) Strukturelle und inhaltliche Konditionierung der Prozeßergebnisse.

ad a) Unterstützung des Bündelungsprozesses

Bei der Schaffung der prozessualen Bedingungen für horizontal-regionale Institutionen findet der interventionistische Eingriff der Landesebene sein Wirkungsfeld zwischen der Obergrenze der Autonomiezerstörung sowie der Untergrenze der Überwindung der „Barriere einer systemspezifischen Kausalstruktur, um sich im System bemerkbar zu machen“ und einen „Anreiz zur Selbständerrung“ zu geben (Willke 1993: 129, 134, auch Fürst 1992: 322).

Die externe Unterstützung intraregionaler Bündelungsprozesse kann in zwei Varianten vorkommen: Zum einen kann der Initiator solcher Prozesse die *Mediationskosten senken*, indem er die Moderation bereitstellt oder ihre Kosten

senkt. Zum anderen kann er die intraregionalen Ressourcen stärken, indem er die Kenntnis der regionalen Akteure über alternative, interkommunal-koooperative Handlungsansätze durch *Informationsbereitstellung* erhöht.

Die Senkung der Mediationskosten ist vor allem vor dem Hintergrund opportunistischer regionaler Akteure zu bewerten. Für sich genommen ist diese Maßnahme nicht unproblematisch, da sie leicht zu Mitnahme- und Mißbrauchseffekten führen kann. Ohne *Ergebnisvorgaben* (z.B. Moderation regionaler Problemlösungspotenziale zur Lösung einer bestimmten intraregionalen Problemstellung) und eine *angemessene Eigenbeteiligung der regionalen Akteure* selbst erscheint diese Maßnahme wenig geeignet, intraregionale Bündelungsprozesse zu unterstützen. Die Ausgestaltung der Prozeßförderung ohne Ergebniskonditionierung begünstigt nach aller Erfahrung die ‚Nehmermentalität‘ der regionalen Akteure (disjunkte Verfassung der regionalen Institution) zu lasten der intendierten Bündelungseffekte auf regionaler Ebene.¹⁴

Soll die Regionalisierung die Stellung seiner Regionen im Wettbewerb mit anderen Regionen stärken, so ist die Bereitstellung von „best practice“-Wissen zu intraregionalen Lösungen für die regionalen Akteure unverzichtbar. Dadurch kann sich die Bereitschaft der Akteure erhöhen, intraregionale Kompetenzbündelungen herbeiführen zu wollen. Ergebnisverzerrende Mitnahmeeffekte sind hier kaum zu erwarten.

ad b) Förderung von Prozeßergebnissen

Neben der direkten Förderung des Regionalisierungsprozesses verfügt der Initiator der Regionalisierung noch über die Möglichkeit zur Förderung der Prozeßergebnisse. Dadurch ergeben sich selbstredend auch *prozeßfördernde* Effekte in Form von *Anreizen* für die Akteure auf regionaler Ebene. Die anreizsteigernde Wirkung ergibt sich aufgrund der in Aussicht gestellten Erhöhung des Gewinns aus der kooperativen Lösung, also einer Art ‚Prämie‘. Diese Prämien sind bezüglich ihrer Verbindlichkeit und projektbezogenen Kopplung institutionenpolitisch gestaltbar. Eine weitere Gestaltungsmöglichkeit ergibt sich aus der Anwendung des *Kofinanzierungsprinzips* zwischen regionaler Institution und Prämiengeber (=Initiator der Regionalisierung).

¹⁴ Für das Regionalmarketing, als typischen Fall horizontaler Regionalisierung, zeigt Meyer (1999: 208 f) die Gefahren auf, wenn die Motivation der Akteure nur auf Akquise von Fördermitteln beruht.

Hohe Grade an Verbindlichkeit der Prämierungen und an Verfügungsmacht der regionalen Institutionen (aufgabenbezogene Budgets¹⁵) stimulieren erfahrungsgemäß die Bündelungsprozesse zur Wahrnehmung komplementärer wirtschafts- und strukturpolitischer Verantwortung durch die regionalen Institutionen. Für sich genommen sind diese Maßnahmen zur Ergebnisförderung stets daraufhin zu prüfen, ob sie Mitnahme- und Mißbrauchseffekte auslösen. Unter den Bedingungen opportunistischer regionaler Akteure gehen von einer Ergebnisförderung ohne quantitative Begrenzung und ohne qualitative Standards der Prozeßergebnisse lediglich Anreize zur Fortsetzung des opportunistischen Verhaltens aus – für die Initiation und Stimulierung intraregionaler Bündelungsprozesse ergeben sich daraus negative richtungsteuernde Effekte. Dagegen bewirkt die Festlegung einer Obergrenze der Ergebnisförderung bewirkt auf der regionalen Ebene einen *Zwang zur Prioritäten- und Schwerpunktsetzung*. Die Einhaltung eines strikten Kofinanzierungsprinzips mit jeweils 50%-igem Eigenfinanzierungsbeitrag der Region vermindert in der Regel Tendenzen sowohl eines „regionalen Forderungskartells“ (Fürst 1994) als auch der Addition von einzelnen intraregionalen Ansprüchen gegenüber Dritten (Trägern von Förderprogrammen). Die Selektion intraregionaler Handlungsansätze ist aus Komplementaritätsperspektive unabdingbar.

ad c) Strukturelle und inhaltliche Konditionierung der Prozeßergebnisse

Erst wenn also die Ergebnisförderung institutionenpolitisch als eine Prämierung für *qualitativ bestimmte regionale institutionelle Vorleistungen* (z.B. Verfahrensweisen, Verantwortlichkeiten) oder für *qualitativ bestimmte Ausprägungen der wirtschafts- und strukturpolitischen Projekte* konzipiert ist, kann sie unintendierten negativen Effekten entgegenwirken.¹⁶ Wo ergeben sich nun Möglichkeiten zur Konditionierung?

In Ergänzung zu den rein niveausteuernden Interventionsansätzen a) und b) kann der Initiator der Regionalisierung auch seine Leistungen an die Regionen demnach mit richtungssteuernden Konditionen verknüpfen. Diese Konditionen können sich sowohl auf die *Strukturen* als auch auf die *Inhalte bzw. Ergebnisse* von Bündelungsprozessen beziehen. Unter *strukturbezogenen* Konditionen sind Mindestanforderungen an die regionale Willensbildung, etwa die *Einbeziehung bestimmter Potenzialträger* oder die *Anwendung bestimmter Verhandlungs-*

¹⁵ Ggfs. *ergänzt* um den besseren Zugang zu herkömmlichen Förderinstrumenten.

¹⁶ Der Vorschlag von Crow et al. (1997: 35) für den Regionalisierungsansatz Sachsen-Anhalt, eine Beschleunigung der Ergebnisförderung der Wirtschafts- und Strukturpolitik der Regionen für diejenigen Prozeßergebnisse, die sich stringend in REK einordnen, vorzunehmen, nimmt dagegen keine Rücksicht auf die Qualität der Bündelungsprozesse in den Regionen.

techniken, zu verstehen. Zu den *inhaltlichen* Konditionen ist zu zählen, wenn der Initiator der Regionalisierung aus der Kenntnis z.B. der Schwierigkeit interkommunaler Abstimmungsprozesse *bestimmte Probleme der Region* definiert und diesbezügliche regionale Handlungsansätze anregt und Prämierungen in Aussicht stellt. Die Themendefinition durch den Initiator kann auch dazu beitragen, daß sich die Bündelungsprozesse auf komplementär zu bearbeitende wirtschafts- und strukturpolitische Strategien konzentrieren und Substitutionseffekte und Kompetenzkonflikte zwischen wirtschaftspolitischen Trägern vermieden werden.

Die Strategie der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik ist eine Antwort auf sich verändernde Raumbezüge wirtschaftlicher und struktureller Realitäten und Prozesse (Bade 1998; Heinze et al. 1997; Keating 1997; DIW 1996; Ziegler 1995; Junkernheinrich 1994; Fürst 1992; Soltwedel 1987). *Regionale* Problemlösungen sollen durch neuartige institutionelle Arrangements auf der Ebene der Region herbeigeführt werden. Die Innovativität trägt demnach zunächst *prozessualen* Charakter. In Abhängigkeit von der zu bewältigenden Aufgabe sind in der Region entweder Interessen auszugleichen und/oder Problemlösungspotenzialen zu mobilisieren. Intraregionale Verhandlungsverfahren wie „Anspruchsaddition“ und „negativer Koordinierung“ nicht prämiert werden sollten, weil sie keinen innovativen Ansatz bei der Bewältigung regionaler Aufgaben darstellen. Umgekehrt darf die Intervention der Landesebene nicht die Eigenmittel des Interventionsobjekts verdrängen oder substituieren.¹⁷

Die Konditionierung förderfähiger Ergebnisse regionaler Problemlösung kann sich auch auf *inhaltliche* Aspekte beziehen. Finanzielle Interventionsinstrumente spielen dabei eine herausragende Rolle („Goldene Zügel“). Die Landesregierung kann somit die Auszahlungsbilanz des regionalen Positivsummenspiels erhöhen, damit die Attraktivität des Gewinns für die Akteure und Nutznießer plastischer wird.¹⁸ Darüber hinaus kann die Landesregierung aber auch die Rolle eines (permanenten) Themen-Initiators übernehmen (Messner 1995:

¹⁷ Dies wäre eine ‚entdifferenzierende‘ Intervention mit Verlust an Autonomie der regionalen Institution. Ordnungspolitisch erscheint diese Problematik als „Crowding out“ von privatwirtschaftlichem Handeln, developmentspolitisch als „Überförderung von Eigenkräften“ oder sogar als „Tödliche Hilfe“ (Erler 1985).

¹⁸ Fürst et al. (1984: 295) haben festgestellt, daß die Erwartung einer Positivsummenspiel-Situation infolge redistributiver Attitüden der Akteure schnell in eine Nullsummenspiel-Erwartung umschlagen kann. Auch die amerikanischen Institutionisten gehen von einem eher traditionellen als einem zweckrationalen Handeln der Akteure in Institutionen aus (Walgenbach 1999: 322).

163).¹⁹ Inhaltlichen Konditionierungen, die für eine wirksame horizontale Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik förderlich erscheinen, sind demnach:

- Festlegung einiger weniger Aufgabenfelder und Branchen für intraregionale, strukturpolitisch wirksame Bündelungsprozesse,
- Auswahl strukturpolitischer Strategien, auf die die Bündelungsprozesse sich konzentrieren sollten (z.B. Institutionenwettbewerb, Stärkung endogener Wachstumsfaktoren),
- Orientierung an konkreten Engpässen und Entwicklungspotenzialen bei der Konzipierung regionaler Handlungsansätze.²⁰

Diese Konditionen können vom Initiator in Form von *Mindeststandards* den Regionen vorgegeben und ihre Einhaltung (ggfs. in Form von Wettbewerben) prüfen oder aber interaktiv in einer „Dichte-Kooperation“ zwischen Initiator und Region ausgehandelt und fixiert werden.²¹ Durch institutionenpolitische Integrations- und Kooperationsangebote werden die regionalen Akteure frühzeitig auf das (auch förderpolitisch) Machbare – im Gegensatz zu dem regionalpolitisch Wünschbaren – gelenkt.

Definition des regionalen Handlungsbedarfs

Eine weitere institutionenpolitische Einflußgröße auf die Stabilisierung der regionalen Institution ist die Bestimmung der Handlungsbedarfe der regionalen Institution (mit übertragenen oder mobilisierten Kompetenzen). Hier ist speziell die Definitionsmacht des Initiators der Regionalisierung zu problematisieren.

Die Definition der regionalen Handlungsbedarf ist jeweils nach dem Grad der Abstraktheit und dem Grad der Komplexität zu differenzieren. Wird der regionale Handlungsbedarf relativ abstrakt (in Gestalt von Leitbildern) definiert, steigt der Operationalisierungsaufwand für konkrete Einzelmaßnahmen, der auf regionaler Ebene zu leisten ist. Je mehr das Vorgehen von vornherein an Leitbildern orientiert ist, um so schwerer ist die Beteiligung von Umsetzungsträgern für Einzelmaßnahmen regional zu organisieren. Die verbleibende ‚Akteurslücke‘

¹⁹ Erfahrungsgemäß trägt dies zu einer Verringerung der Transaktionskosten bei, da die Landesregierung durch eine Art Quasi-Monopol Probleme definieren und vorstrukturieren kann. Dadurch geringere „Kosten des Konflikthanstoßes“ – Fürst et al. (1984: 33, 294) und Fürst (1992: 317).

²⁰ Beispiele sind hier der BioRegio-Wettbewerb des BMBF, der Ansatz der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) zur Tourismusförderung im Ostharz (im einzelnen dazu Wegener (1999)) und die High-Tech-Offensive Bayern. Zum Ganzen Wegener (2000: 200 ff).

²¹ Nach der ersten Variante verfuhr der BioRegio-Wettbewerb und auch der InnoRegio-Wettbewerb des BMBF. Die zweite Variante wurde von der DBU gewählt.

zwischen abstraktem Leitbild und fehlenden Potenzialträgern ist quasi nachträglich, d.h. nach der Deduktion von Projekten aus Entwicklungsleitbildern, zu schließen, was sich in der Regel als sehr schwierig, langwierig und wenig erfolgreich erweist. Thematische Vielfalt und Offenheit impliziert einen unspezifischen und komplexen regionalen Handlungsbedarf (thematische „Maximalinklusion“). Je unspezifischer und komplexer der definierte Handlungsbedarf, desto größer wird das Ziel-Mittel- und das Zielkonfliktpotenzial, das die regionale Institution organisatorisch und inhaltlich zu bewältigen hat. Erschwerend kommt hinzu, daß die intraregionale Definition von Handlungsbedarfen durch vorgegebene komplexe Handlungsbedarfe meist politisch ‚aufgeladen‘ wird und die Akteure eher als Interessenvertreter denn als kooperationsbereite Potentialträger agieren. Die Sach- und Umsetzungsorientierung tritt in den Hintergrund.

Sowohl die ‚Akteurslücke‘ und der aufwendige Prozeß des Schließens derselben als auch die politische Aufladung intraregionaler Definition von Handlungsbedarfen durch zu unspezifische und komplexe Themenstellungen behindern und verzögern die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit regionaler Institutionen.

Weniger stark Entwicklungskonzept-orientierte Regionalisierungsansätze mit der Fokussierung der regionalen Handlungsbedarfe auf *konkrete regionale Potenziale* (regionale Engpässe oder Stärken) sowie auf spezifische Probleme und pragmatische Problemlösungsräume weisen in der Regel eine stärkere Umsetzungsorientierung und eine funktionale Problemadäquanz der regionalen Institutionen auf.²²

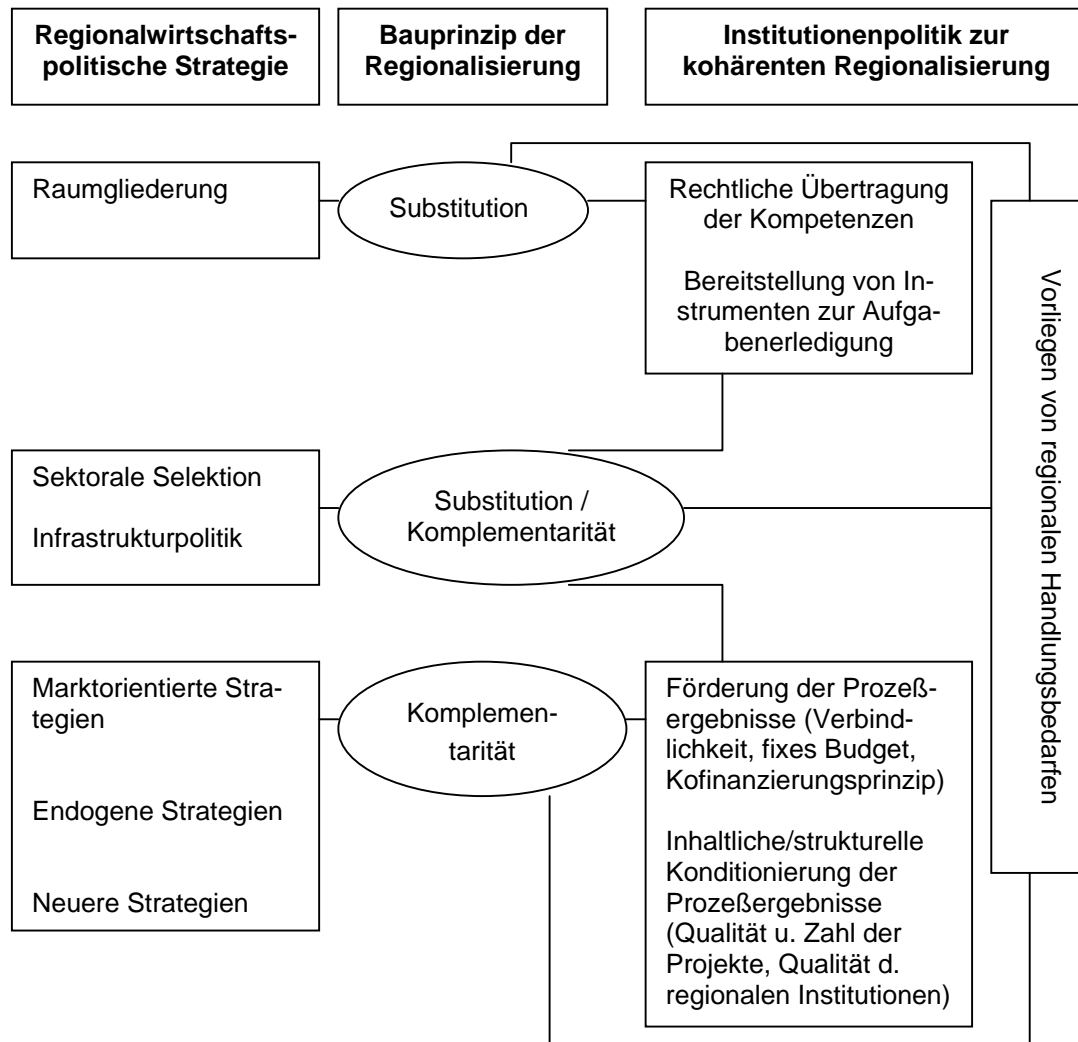
Übersicht 9 faßt die Aspekte der Institutionenpolitik aus Sicht einer kohärenten Regionalisierung nochmals zusammen.

Raumwirtschaftspolitische Strategien, die im Wege einer *vertikalen* Regionalisierung eine Substitution bestehender wirtschaftspolitischer Kompetenzträger bedingen, stellen demnach folgende institutionenpolitische Anforderungen innerhalb eines Regionalisierungsansatzes: Der Prozeß der rechtlichen Kompetenzübertragung sollte zügig und vollständig abgeschlossen werden, um kein „institutional lag“ entstehen zu lassen. Begleitend ist die Bereitstellung von Instrumenten nötig, die für die Wahrnehmung der übertragenen Kompetenzen

²² Daumann (1999: 318 f, 323) kommt in einer Analyse des Einflusses von Interessenverbänden zu einem ähnlichen Schluß: Um zu vermeiden, daß der Einfluß von Interessenverbänden auf politische Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung in einem zu frühen Stadium oder insgesamt zu groß wird, empfiehlt sich aus seiner Sicht die *Einschränkung des Aufgabenbereichs* der Behörde.

unerlässlich sind, um eine handlungs- und leistungsfähige Institution auf regionaler Ebene zu bilden. Das Fürst'sche „Minimum an Institutionalisierung“ lässt sich somit für die Regionalisierung solcher raumwirtschaftlicher Strategien präzisieren: *vollständige Übertragung von Kompetenzen und Instrumenten* von vor- oder nachgelagerten Ebenen auf die regionale Ebene.

Übersicht 9: Institutionenpolitik zur kohärenten Regionalisierung unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Strategien



Quelle: Wegener (2000: 225).

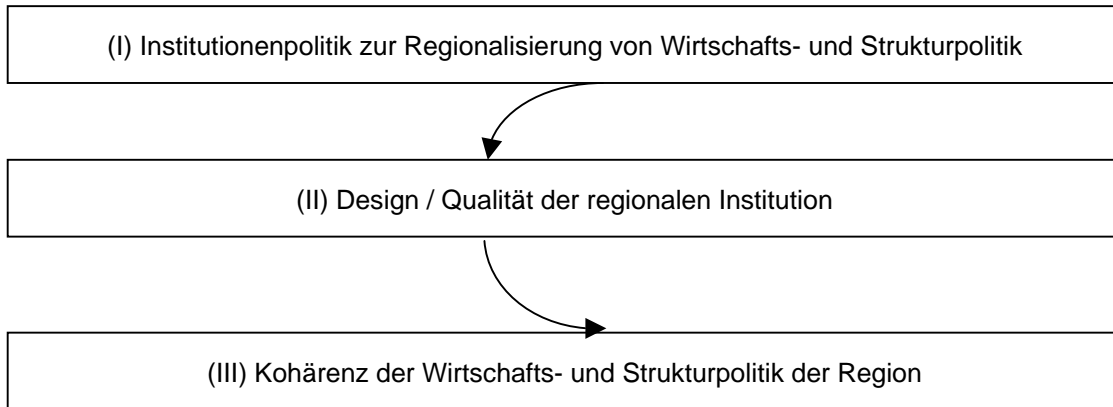
Raumwirtschaftspolitische Strategien, bei denen im Wege einer *horizontalen* Regionalisierung die bestehenden wirtschaftspolitischen Kompetenzträger komplementär ergänzt werden können, stellen folgende institutionenpolitische Anforderungen: Eine direkte Förderung des intraregionalen Institutionalisierungsprozesses erfordert in der Regel als Kooperationsanreiz die Verknüpfung mit einer Ergebnisförderung. Durch Konditionierung der Prozeßergebnisse oder eine „Dichte-Kooperation“ zwischen Initiator und regionaler Institution können

jeweils indirekt oder direkt Prozeßergebnisse hinsichtlich der Qualität und Zahl der aus den intraregionalen Bündelungsprozessen hervorgehenden wirtschaftspolitischen Gestaltungsansätze (Projekte) beeinflußt werden. Über die Gestaltung der Förderung der Prozeßergebnisse allein läßt sich aber auch die Gestaltung des Institutionalisierungsprozesses beeinflussen, wenn z.B. die Auszahlungen aus Synergieeffekten für die kooperierenden Akteure erhöht werden. Verbindlichkeit der Ergebnisförderung bei einem garantierten Gesamtförderbudget sowie das Kofinanzierungsprinzip begünstigen institutionelle Regelungen zur intraregionalen Potenzialbündelung.

Bezüglich der Definition regionaler Handlungsbedarfe sollte die institutionenpolitische Einflußnahme darin bestehen, den regionalen Institutionen eine spezifische Problem- oder Stärkenorientierung zu geben und eine pragmatische Definition regionaler Aufgaben auf regionaler Ebene zu ermöglichen. Durch den Initiator der Regionalisierung ist die regionale Aufgabenorientierung so zu präzisieren, daß die jeweils zu regionalisierenden Aufgaben deutlich von denjenigen Aufgaben abgegrenzt sind, deren Wahrnehmung *nicht* regionalisiert wird. Außerdem: Je konkreter eine Aufgabe formuliert ist, deren Lösung durch die Mobilisierung intraregionaler Potenziale erreicht werden soll, desto leichter lassen sich die jeweiligen Potenzialträger in die Suche nach regionalen Problemlösungen einbeziehen. Konzeptlastigkeit und integrationsintensive Themenvielfalt begünstigen dagegen interessenpolitische Einflußnahmen verschiedener regionaler Akteure, die in der regionalen Institution weniger eine innovative Handlungsebene als vielmehr eine (weitere) Plattform für die Vertretung eigener Interessen sehen.

V. RESÜMEE UND AUSBLICK

Die Analyse der institutionellen Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik macht den Zusammenhang zwischen Institutionenpolitik zur Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik und der Kohärenz der Wirtschafts- und Strukturpolitik der Region (als Ergebnis der Regionalisierung) wie folgt plausibel:



Zum anderen werden analytische Grundlagen für die empirische Erfassung der drei Bausteine (I, II, und III) zur Diskussion gestellt und die instrumentelle Ausgangsbasis, die in vergleichenden Untersuchungen weiter erprobt werden muß, verbessert.

Begreift man mit R. König (1949) Sozialwissenschaft als Gegenwarts- und Oppositionswissenschaft, dann ist es ihre Aufgabe, aktuelle „Reibungsverluste“ im sozialen Handeln moderner Gesellschaften aufzufinden, über ihre Ursachen aufzuklären und durch das Entwerfen sozio-technischer Anleitungen zu „Anpassungen“ im Sinne einer „höchstmöglichen Linderung“ dieser Reibungsverluste zu verhelfen. Der vorliegende Aufsatz versucht, die institutionellen Reibungsverluste bei der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik zu erfassen, ihre Ursachen mit einer gewissen Plausibilität zu diagnostizieren und erste Empfehlungen zur institutionellen Ausgestaltung solcher Regionalisierungsansätze herauszuarbeiten, die eine Reduzierung der beschriebenen sozialen Reibungsverluste versprechen.

LITERATUR

- Bade, F.-J., 1998. Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung (Zeitschrift) 1/98, S. 3-8.
- Balling, R., 1998. Kooperation. Strategische Allianzen, Netzwerke, Joint Ventures und andere Organisationsformen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit in Theorie und Praxis. 2. Auflage, Frankfurt u.a.
- Batt, H.-L., 1997. Regionale und lokale Entwicklungsgesellschaften als Public-Private Partnerships: Kooperative Regime subnationaler Politiksteuerung. In: Bullmann/Heinze (Hrsg.): Regionale Modernisierungspolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen, S. 166-192.
- Benz, A. et al., 1998. Regionen und regionale Politik – ein Einführung. In: Benz/Holtmann (Hrsg.): Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde, Erklärungsansätze und Praxistransfer. Opladen, S. 15-29.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 1996. BioRegio-Wettbewerb: Rede des Jury-Vorsitzenden, Prof. K. Molitor, zur Auswahlentscheidung; Presse-Info. Rüttgers: Biotechnologie hat in Deutschland 17 starke Standbeine – 150 Mio. DM für die drei Modellregionen im BioRegio-Wettbewerb; Biotechnologie in Deutschland – 17 Regionen präsentieren sich im BioRegio-Wettbewerb. Manuskripte, Bonn.
- Coleman, J. S., 1995. Grundlagen der Sozialtheorie – Band 2: Körperschaften und die moderne Gesellschaft. Studienausgabe. Wien.
- Crow, K. et al., 1997. Sachsen-Anhalt im Aufholprozeß. Zur ökonomischen Tragfähigkeit des sachsen-anhaltinischen Entwicklungspfades, in: Wirtschaft im Wandel, Zeitschrift des IWH, Sonderheft. Halle.
- Daumann, F., 1999. Interessenverbände im politischen Prozeß. Eine Analyse auf der Grundlage der Neuen Politischen Ökonomie. Tübingen.
- Derlien, H.-U., 1993. Staatliche Steuerung in Perspektive, in: König et al. (Hrsg.): Instrumente und Formen staatlichen Handelns. Köln u.a., S. 503-517.
- DIW, 1996. Regionale Strukturpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre, Sonderheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 157 (1996), Berlin.
- Eckey, H.-F., 1978. Grundlagen der regionalen Strukturpolitik – Eine problemorientierte Einführung, Köln.
- Erlor, B., 1985. Tödliche Hilfe, Freiburg.
- Fürst, D., 1994. Regionalkonferenzen zwischen offenen Netzwerken und fester Institutionalisierung. In: Raumforschung und Raumordnung (Zeitschrift) 3/94, S. 184-192.
- Fürst, D., 1992. Regionen in Europa – Herausforderung für die kommunale Zusammenarbeit. In: Kohler-Koch (Hrsg.): Staat und Demokratie in Europa.

18. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, S. 313-323.
- Fürst, D. et al., 1984. Stadt und Staat. Verdichtungsräume im Prozeß der föderalstaatlichen Problemverarbeitung. Baden-Baden.
- Giersch, H., 1963. Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften 3/14, S. 386-400.
- Heinze, R. G. et al., 1997. Die Schwelle zur globalen Welt: Silhouetten einer regionalen Modernisierungspolitik. In: Bullmann/Heinze (Hrsg.): Regionale Modernisierungspolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen, S. 317-346.
- Jürgensen, H., 1963. Antinomien in der Regionalpolitik. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaften 3/14 (1963), S. 401-413.
- Jürgensen, H., 1981. Raumwirtschaft II, HdWW, Band 6, Stuttgart, S. 429-441.
- Junkernheinrich, M., 1994. Konzeptionelle Ausgestaltung regionaler Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt – eine kritische Würdigung. In: IWH (Hrsg.): Regionaler Strukturwandel in den neuen Bundesländern: das Beispiel Sachsen-Anhalt. Halle, S. 92-107.
- Keating, M., 1997. Politische Ökonomie des Regionalismus. In: Bullmann/Heinze (Hrsg.): Regionale Modernisierungspolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen, S. 77-108.
- Kieser, A., 1994. Fremdorganisation, Selbstorganisation und evolutionäres Management. In: Zeitschrift für betriebswirtschaftl. Forschung 46 (1994), S. 199-227.
- Klaus, J. et al., 1983. Räumliche Wirtschaftspolitik. Grundlagen und strukturpolitische Konzepte. München.
- Knyphausen, D. z., 1991. Selbstorganisation und Führung. Systemtheoretische Beiträge zu einer evolutionären Führungskonzeption. In: Die Unternehmung, 45. Jg., S. 47-63.
- König, R., 1949. Soziologie heute. Zürich.
- König, K. et al., 1993. Referenzen staatlicher Steuerung. In: dies. (Hrsg.): Instrumente und Formen staatlichen Handelns. Köln u.a., S. 519-582.
- Krätke, S. et al., 1997. Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost“ und „West“. Frankfurt/M. u.a.
- Krafft, A. et al., 1993. Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation, Opladen.
- Krieger-Boden, C., 1995. Die räumliche Dimension in der Wirtschaftstheorie. Ältere und neuere Erklärungsansätze, Kiel.
- Lauschmann, E., 1970. Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, Hannover.
- Lepsius, M. R., 1997. Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien. In: Göhler (Hrsg.): Institutionenwandel. Leviathan, Sonderheft 16/96, Opladen, S. 57-69.
- Maier, G. et al., 1996. Regional- und Stadtökonomik 2 – Regionalentwicklung und Regionalpolitik, Wien u.a.

- Mayntz, R., 1993. Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Héritier (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 24/1993, Opladen, S. 39-56.
- Messner, D., 1995. Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, in: Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) Band 108, Köln.
- Meyer, J.-A., 1999. Regionalmarketing, München.
- North, D., 1988. Theorie des institutionellen Wandels. Tübingen.
- North, D., 1992. Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen.
- Pappi, F. U., 1993. Policy-Netze: Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz? In: Héritier (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 24/93, Opladen, S. 84-94.
- Predöhl, A., 1935. Staatsraum und Wirtschaftsraum. Kieler Universitätsreden, Neue Folge, Heft II, Kiel.
- Rehberg, K.-S., 1998. Die stabilisierende „Fiktionalität“ von Präsenz und Dauer. Institutionelle Analyse und historische Forschung. In: Blänkner/Jussen (Hrsg.): Institutionen und Ereignis. Über historische Praktiken und Vorstellungen gesellschaftlichen Ordens. Göttingen, S. 381-407.
- Richter, R., 1994. Institutionen ökonomisch analysiert. Tübingen.
- Rotering, C., 1990. Forschungs- und Entwicklungskooperationen zwischen Unternehmen. Stuttgart.
- Scharpf, F. W., 1994. Politiknetzwerke als Steuerungssubjekte. In: Derlien, H.-U. et al. (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden, S. 381-407.
- Scharpf, F. W., 1993. Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: Héritier (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 24/93, Opladen, S. 57-83.
- Scharpf, F. W., 1992) Koordination durch Verhandlungssysteme: Analytische Konzepte und institutionelle Lösungen. In: Benz et al: Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt u.a., S. 51-96.
- Schimank, U., 1987. Evolution, Selbstreferenz und Steuerung komplexer Systeme. In: Glagow/Willke (Hrsg.): Dezentrale Gesellschaftssteuerung: Probleme der Integration polyzentrischer Gesellschaften, Pfaffenweiler, S. 45-64.
- Soltwedel, R., 1987. Wettbewerb zwischen Regionen statt zentral koordinierter Regionalpolitik, in: In: Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Tübingen, S. 129-145.
- Sydow, J., 1992. Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation, Wiesbaden.

- Voigt, R., 1993. Staatliche Steuerung aus interdisziplinärer Perspektive, in: König et al. (Hrsg.): Instrumente und Formen staatlichen Handelns. Köln u.a., S. 289-322.
- Walgenbach, P., 1999. Institutionalistische Ansätze in der Organisationstheorie. In: Kieser, Alfred (Hrsg.): Organisationstheorien, 3. Auflage, Stuttgart u.a., S. 319-353.
- Willke, H., 1993. Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Dynamik und Riskanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation. Grundlagentexte Soziologie, 3. Auflage, Weinheim u.a.
- Wegener, T., 1999. Das Tourismusleitbild des Regionalforums Ostharz – ein gelungener regionaler Kooperations- und Handlungsansatz, in: Danielzyk, Rainer et al. (Hrsg.): Regionale Entwicklungskonzepte – Beitrag zur kooperativen Regionalentwicklung in Ostdeutschland? Materialien zur angewandten Geographie, Bd. 36, Bonn.
- Wegener, T., 2000. Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik. Das Beispiel Sachsen-Anhalt. Ifo Dresden Studien Bd. 24, Dresden 2000.
- Ziegler, A., 1995. Regionalisierte Strukturpolitik in den Bundesländern. Ein Überblick. In: Gabriel et al. (Hrsg.): Regionalisierung der Strukturpolitik: neue Ansätze in ausgewählten Bundesländern, Marburg, S. 11-27.

In der Diskussionspapierreihe sind bisher erschienen:

Previously published Discussion Papers:

- | | | | |
|---|--|--|---------|
| 1 | Addison J.T.,
Schnabel C.,
Wagner J. | Die <i>mitbestimmungsfreie Zone</i> aus ökonomischer Sicht | 05/2000 |
| 2 | Jahn E.J.,
Wagner T. | Substitution and Crowding-Out Effects of Active Labour Market Policy | 06/2000 |

An updated list of discussion papers can be found at the homepage:
<http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/am/>

Eine aktualisierte Liste der Diskussionspapiere findet sich auf der Homepage:
<http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/am/>